

Klimawandel – Energiesicherheit – Rohstoffe – Welternährung: Kardinalprobleme des 21. Jahrhunderts

Bericht über die 42. Sicherheitspolitische Informationstagung



General Carl von Clausewitz
1780–1831

Werner Baach

Die Zahlen des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen alarmieren: Drei Prozent der Weltbevölkerung sind Migranten, über 950 Millionen Menschen sind von Hunger bedroht. Die Meeresspiegel steigen, Überschwemmungen und Dürren lassen Anbauflächen und Siedlungsräume verschwinden, Ressourcen wie Wasser werden knapp. Die Veränderungen verschlechtern die Lebensgrundlagen weiter Teile der Menschheit, Konflikte drohen. Auf diese Fragen suchte die 42. Sicherheitspolitische Informationstagung der Clausewitz-Gesellschaft am 15. und 16. August 2008 Antworten.

Der Präsident der Gesellschaft, Generalleutnant a.D. Dr. Klaus Olshausen, hieß zu der hochrangig besetzten Tagung an der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg über 300 Mitglieder und Gäste aus Politik, Diplomatie, Militär und Gesellschaft willkommen. Vier wesentliche Aspekte der Thematik wurden aus verschiedenen Blickwinkeln von international ausgewiesenen Experten untersucht: Klimawandel; Welternährung; Energiesicherheit; Rohstoffsicherheit.

Klimapolitik ist präventive Sicherheitspolitik

Im einleitenden Vortrag »Klimawandel als Sicherheitsrisiko« untersuchte Prof. Dr. Dirk Messner, Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, die sich abzeichnenden Umwälzungen im »System Erde« und ihre Auswirkungen auf die Menschheit. Seine Hauptbotschaft lautete: Der Klimawandel kann (und muss) die internationale Gemeinschaft (endlich) in dem Bemühen vereinen, die Auswirkungen als gemeinsame Bedrohung der Menschheit zu begreifen. Gelingt das nicht, werde es zu schweren Verwerfungen in den internationalen Beziehungen kommen. Die Folgen seien weit reichend: Konflikte über die Verteilung von Wasser und Boden drohten weltweit; die Bewältigung der Migration werde zunehmend schwierig; die Auseinandersetzungen zwischen den reichen Nationen und den Habenichtsen verschärfen sich über die Frage, wie ein (gerechter) Ausgleich zwischen den Verursachern des Klimawandels und den Hauptleidtragenden erreicht werden könne. Im Unterschied zu den »alten« Umweltkonflikten, deren Auswirkungen eher lokal und regional begrenzt seien, hätten die »neuen«, vom Klimawandel getriebenen Konflikte dramatische Folgen, weil weltweit eine große Zahl an Menschen davon betroffen werde. Regierungen, Wirtschaften und Gesellschaften würden dadurch zunehmend überlastet; »schwache« Staaten gerieten unter »Klimastress« mit der Folge ungeheurer Migrationsströme. Ganze Weltregionen würden sicherheitspolitisch destabilisiert.

An Hand von Modellrechnungen erläuterte Dr. Messner die möglichen Auswirkungen unterschiedlicher Erderwärmung auf das Erdklima bis zum Ende des Jahrhunderts. Eine Zunahme von »nur« zwei Grad Celsius sei das »Optimum« der Entwicklung, der »worst case« – eine Zunahme um sechs Grad – würde zu einem »radikalen Wandel des Erdsystems« führen. Die Menschheit aber habe keine Erfahrung mit so schnellem Klimawandel, denn in den letzten 600.000 Jahren habe es derartig schnelle Veränderungen nicht gegeben. Im Falle einer »Klimakrise« werde die Erde vor schwere Herausforderungen gestellt: »Selbst um einen Anstieg von nur zwei Grad in den Griff zu bekommen, sind große Anstrengungen erforderlich – von

der fossil basierten Weltwirtschaft hin zu drastischer Reduktion des CO₂-Ausstoßes«, so Dr. Messner weiter. Denn darin sei sich die Wissenschaft einig: Der Treibhauseffekt werde durch den Ausstoß an Kohlendioxid verursacht; dieser müsse bis zur Mitte des Jahrhunderts um 50 Prozent, bis zur Jahrhundertwende gar um 80 Prozent verringert werden, um die Entwicklung in den Griff zu bekommen. Der Vortragende arbeitete im Folgenden eine Reihe möglicher Risiken für die Klimaentwicklung auf, die hier nur stichwortartig skizziert werden können. So würde eine um vier Grad höhere Erdtemperatur in der zweiten Jahrhunderthälfte »schwerwiegende globale Veränderungen« im Erdsystem zur Folge haben, zum Beispiel das Kollabieren des Amazonas-Regenwald-Systems, ebenso das des asiatischen Monsun-Systems. Beide Entwicklungen aber müssten »unermessliche Konstellationen für die Menschheit erzeugen«: Dürrebildungen, Wassermangel und die Verschlechterung der Böden führten zu schwerwiegenden Nahrungsproblemen; die Zunahme von Extremwetterereignissen, insbesondere der Anstieg des Meeresspiegels als Folge des Abschmelzens der Polkappen und der Gletscher des Himalaja führten zum Verlust weiter Teile der großen Stromdeltas und lösten gewaltige Migrationsprozesse aus.

Insgesamt müssten derart dramatische Klimaänderungen die »Mechanismen von Instabilität und Konflikten« begünstigen: In schwachen, fragilen staatlichen und gesellschaftlichen Strukturen würden gewalttätige Konflikte ausbrechen, ökonomische Probleme entstünden in vielen Regionen der Welt mit zunehmenden Risiken für die Weltwirtschaft; wachsende Verteilungskämpfe um schwindende Ressourcen wie Land, Boden und Wasser entstünden. Die Aushöhlung grundlegender »Lebensrechte« der Menschen, wie Zugang zu Wasser und Nahrungsmitteln, führe zum Verlust der Legitimation wichtiger Institutionen. Am Ende könnten selbst stabile Staaten in ihrer Fähigkeit, die weltweiten Konflikte zu lösen, überfordert werden. Eine Destabilisierung des geostrategischen Gefüges wäre die Folge. Die »klassischen Instrumente« der Sicherheitspolitik könnten ihre Wirksamkeit verlieren.

Für Europa sieht der Vortragende besondere Herausforderungen, aber auch Chan-

cen: Es könne der Motor für eine effektive Weltklimapolitik werden. Schon jetzt leiste Europa Pionierarbeit auf diesem Gebiet, und es müsse alle Anstrengungen auf die Frage richten, wie vor allem die USA, China und Indien – Hauptverursacher des weltweiten CO₂-Ausstoßes – in den Veränderungsprozess hineingebracht werden könnten. Europa als Vorreiter bei effektiven Ressourcentechnologien müsse alles daran setzen, Anpassungsstrategien in die sich entwickelnden Ländern zu unterstützen. Denn wenn eine zukunftsgerichtete Klimapolitik scheitere, würde gerade Europa in die sich daraus entwickelnden Destabilisierungsprozesse hineingezogen. Die bevorstehenden Klimaverhandlungen 2009 in Kopenhagen stellten deshalb die internationale Gemeinschaft vor große Herausforderungen, denn der Zeitdruck sei groß und die Interessenstrukturen komplex. Eine Blockade durch die USA, China und Indien sei denkbar. Die Ergebnisse könnten von einem »erfolgreichen Post-Kyoto-Regime, orientiert am 2-Grad-Ziel« über zu geringe Verpflichtungen bis hin zum Zerfall des Kyoto-Regimes reichen. Mit Blick auf die Präsidentenwahl in den USA setzte der Vortragende Hoffnung in eine »konstruktive, handlungsfähige US-Regierung«, mit der man arbeiten könne. Das Fazit: »Wir brauchen globale Rahmenbedingungen und Führerschaft.« Denn Klimapolitik sei präventive Sicherheitspolitik.



Professor Dr. Dirk Messner (vorne), Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, und Dr. Klaus Olshausen, Präsident der Clausewitz-Gesellschaft, bei der Diskussion über »Klimawandel und Sicherheitspolitik«.

Foto: LdP Führungsakademie der Bundeswehr

Welternährung: Möglichkeiten, Grenzen, Konfliktszenarien

Eine nachhaltige landwirtschaftliche Entwicklung sei ein wichtiger Beitrag zur globalen Sicherheit der Zukunft, stellte Dr. Manfred Kern von der Bayer CropScience, einem der führenden Ernährungsunternehmen weltweit, in einer breit angelegten Präsentation fest. Die Bevölkerung der Erde werde 2025 voraussichtlich etwa acht Milliarden betragen. Der Bedarf an Lebensmitteln werde sich dadurch verdoppeln. In den nächsten Jahrzehnten müssten mehr Nahrungsmittel produziert werden als in den vergangenen 10.000 Jahren der Menschheitsgeschichte zusammen. Dennoch sei dies nicht das Hauptproblem der zukünftigen Welternährungssicherung. Einen viel größeren Einfluss werde das schnelle ökonomische Wachstum und die damit verbundenen veränderten Essgewohnheiten in einigen Regionen der Erde haben, voran in China und Indien: Der Konsum von fleischlichen Lebensmitteln und der Kalorienverbrauch würden sich signifikant erhöhen. Allein in Südostasien werde sich der Lebensmittelbedarf bis 2025 mehr als verdoppeln,

über 25 Prozent davon müsste dann durch Importe gedeckt werden.

Diese Entwicklung werde einhergehen mit weit reichenden globalen, vor allem durch den Klimawandel ausgelösten Veränderungen des Systems Erde: abnehmende Ackerflächen, Wüstenbildungen, Wasserknappheit. Als Folge davon »dörre die Landwirtschaft aus« (schon derzeit erkennbare Beispiele: Australien, Spanien); Klimaerweichungen nähmen zu; die Verschiebung landwirtschaftlicher Anbauregionen in Richtung der Erdpole werde zu »dramatischen Perspektiven« für Regionen wie Afrika und Südostasien führen; ein Drittel der Erde werde von Erosion bedroht werden. Dies könne zu globaler Landflucht von bis zu zwei Milliarden Menschen führen

und regionale und globale Migrationen mit einem »hochgradigen Konfliktpotenzial« auslösen. Eine zunehmende Urbanisierung in »Megastädten«, die eine »gewaltige Logistik« benötigten, sei wahrscheinlich. Die Unterernährung werde auf über eine Milliarde Menschen steigen.

Gleichzeitig müssten auch die Pflanzen als Folge des Klimawandels »strategische Veränderungen« durchmachen: Temperaturanstieg und Ausdörrung der Böden verlangten eine »Erhöhung der Trockenheitstoleranz« der Nutzpflanzen. Wenn es nicht gelinge, das genetische Potenzial vor allem des Saatguts auszubauen, werde die Welt »die Probleme der Ernährung nicht stemmen«. Dann drohe »ein Teufelskreis mit globalen Auswirkungen und hohem Konfliktpotenzial«. Der Ausbruch aus diesem »Teufelskreis der Armut«, so Dr. Kern weiter, könne nur durch eine dauerhafte Sicherung der landwirtschaftlichen Produktivität gelingen. Ziel müsse eine »nachhaltige und umweltgerechte« Produktion sein. Ohne die effiziente Nutzung vorhandener und die konsequente Verwirklichung neuer Agrotechnologien sei dies nicht möglich. Dabei müsse und könne die Gen-

technik, in Kombination mit verbesserten konventionellen Produktionstechnologien, einen wesentlichen Beitrag dazu leisten, die Produktion von Grundnahrungsmitteln und Rohstoffen zu sichern und zu erhöhen. Nachhaltige Entwicklung bedeute ständige Innovation, Verbesserung und Einsatz umweltfreundlicher Technologien mit dem Ziel, Umweltprobleme und Ressourcenverbrauch drastisch zu senken. Dr. Kern plädierte eindringlich für die Entwicklung »gentechnisch optimierter« Nutzpflanzen und übte herbe Kritik an der aktuellen Politik auf diesem Gebiet, insbesondere in Deutschland (»abenteuerlich, unverantwortlich«). Auch sei es »strategisch völlig falsch«, landwirtschaftliche Anbauflächen und die Nutzung dieser Flächen für die Nahrungserzeugung zu verringern, wie dies derzeit in vielen Ländern und Regionen der Erde geschehe.

Energiesicherheit verlangt internationalen Interessenverbund

Während die Hauptauswirkungen der Klimaänderung erst ab Mitte des Jahrhunderts voll spürbar würden, sei die Frage nach der Energiesicherheit schon jetzt äußerst virulent, mit dieser Feststellung leitete Dr. Frank Umbach vom »Centre for European Security Strategies« die Panel-Diskussion zum Thema »Energiesicherheit im 21. Jahrhundert – Produzenten und Konsumenten-Lösungen und

Konflikte auch für die Sicherheitspolitik« ein. Die »Machtverhältnisse« zwischen Produzenten und Konsumenten hätten sich gegenüber früher deutlich verschoben: 80 Prozent der weltweit verbliebenen Ressourcen, insbesondere an Öl und Gas, seien heute unter staatlicher Kontrolle, und die Bereitschaft der produzierenden Länder zu Änderungen in ihrer Energiepolitik sinke in dem Maße, wie immer höhere Preise für Rohöl erzielt würden. Die starke Konzentration der verbliebenen Ölreserven um den Persischen Golf herum sei zudem äußerst konfliktträchtig. Die Region sei schon jetzt labil, zum Teil sogar instabil und habe langfristig »katastrophale Entwicklungsperspektiven«.

Die hohe Abhängigkeit der Europäer von Rohöl aus der Golfregion – etwa 30 Prozent der dortigen Produktion geht nach Europa – provoziere in den USA bereits die Forderung nach verstärktem Engagement der Europäer zur Energiesicherung. Diese Haltung werde sich unter einem möglichen Präsidenten Obama noch verstärken. Deutschland sei unter den Europäern besonders abhängig, so Dr. Umbach weiter, und gerade deshalb müsse

die Konsequenz für unser Land sein, sich bis mindestens 2030 alle energiepolitischen Optionen offen zu halten. Dabei müsse Deutschland auf dem Energiesektor »zunehmend europäisch denken und handeln«. Zu Recht kritisierten die anderen Europäer, dass Deutschland eine nationale Energiepolitik – zum Beispiel bei der Ostsee-Pipeline – betreibe, und dies auf Kosten übergreifenden europäischen Handelns.

In der Panel-Diskussion kristallisierte sich als Kernaussage heraus, dass als Gegengewicht zur Monopolstellung weniger Energieproduzenten – immer wieder wurde in diesem Zusammenhang Russland genannt – die strategischen Interessen Europas nur durch konsequentes gemeinsames Handeln Europas gewahrt werden könnten, trotz derzeit zum Teil deutlich unterschiedlicher nationaler Energiepolitik der 27 Mitgliedstaaten. Dr. Kyriakos Revelas stellte aus EU-Sicht fest, die Europäische Kommission habe im März 2006 ein »Grünbuch« vorgelegt, in dem drei wesentliche Ziele (»ein energiepolitisches Dreieck«) zur Energiesicherung vorgeschlagen worden seien: Nachhaltigkeit, Wettbewerbsfähigkeit und Versorgungssicherheit. Nachhaltigkeit stehe für die Einsparung von Energie, die Verringerung der Treibhausmissionen und den Ausbau erneuerbarer Energien. Durch eine Kombination entsprechender Maßnahmen

könne bis 2020 der Energieverbrauch in der EU um bis zu 20 Prozent gesenkt werden. Das zweite Ziel, Wettbewerbsfähigkeit, soll durch die Vollendung des EU-Energiebinnenmarktes erreicht werden. Verbrauchern wie Unternehmen soll u.a. durch Regulierung auf europäischer Ebene günstiger Energie bereitgestellt werden. Das dritte Ziel, Versorgungssicherheit, soll vor allem durch »eine Diversifikation im Hinblick auf Lieferländer und Transit-routen ... und verstärkte internationale Kooperation und gegenseitige Abhängigkeit erstrebt werden, d.h. über vertragliche Abmachungen mit Energieliefer- und Transit-ländern ...«. Ein »Energieaktionsplan« der EU soll das Erreichen der drei Ziele unterstützen.

Aus NATO-Sicht wies Adrian Kendry darauf hin, dass das Bündnis in seinen Gipfeltreffen von Riga (2006) und Bukarest (2008) sein legitimes Interesse an Energiesicherheit angesichts weltweit wachsenden Energiebedarfs klar formuliert habe. Die Allianz werde sich u.a. auf den folgenden Feldern engagieren: Beschaffung von Informationen über die Lageentwicklung auf dem Gebiet der Energieversorgung; Vorsorgemaßnahmen zur Gewährleistung von

Stabilität; Unterstützung von internationaler und regionaler Zusammenarbeit; Unterstützung des Schutzes kritischer Energie-Infrastrukturen. Vor allem aber könne die NATO durch ihre sich weltweit entwickelnde Partnerschaft mit zahlreichen Staaten – Produzenten, Verbrauchern und Transitländern von Energie – einen wichtigen Beitrag zur Energiesicherheit leisten.

Zusammenfassend zum Thema Energiesicherheit stellte Generalleutnant a.D. Dr. Olshausen als Moderator fest, dass ein Großteil der Ressourcen in instabilen Regionen läge oder in solchen, die es werden könnten. Daraus resultierten komplexe Probleme und Herausforderungen für die Energiesicherheit. Dies wiederum ver-lange ein wirksames Zusammenspiel vor



Lebhafte Diskussionsrunde zum Thema »Energiesicherheit« während der 42. Sicherheitspolitischen Informationstagung der Clausewitz-Gesellschaft. Foto: LdP Führungsakademie der Bundeswehr

allem zwischen Europäischer Union und NATO mit dem Ziel, Energiesicherheit im internationalen Verbund dauerhaft zu gewährleisten.

Mineralische Rohstoffe: Konkurrenz um begrenzte Ressourcen

In einer weiteren Panel-Diskussion zum Thema »Mineralische Rohstoffe: Konkurrenz um begrenzte Ressourcen« stellte Generalmajor Robert Bergmann, Vizepräsident der Clausewitz-Gesellschaft«, als Moderator einleitend fest, dass gerade Deutschland als »Exportweltmeister« von der Zulieferung von Rohstoffen stark abhängig sei. Vor allem »Schlüssel-Rohstoffe« seien nur begrenzt verfügbar und enthielten dadurch Konfliktpotenzial. Deshalb sei die Kernfrage: Wie stellen wir Rohstoffe konfliktfrei zur Verfügung? Aus Sicht der EU stellte der zuständige Fachmann, Paul Anciaux, fest, nicht nur Deutschland, die EU insgesamt sei in hohem Maße vom Zugang zu Rohstoffen abhängig. Dieser werde aus mehreren Gründen immer schwieriger: Wichtige Rohstoffe lägen vielfach in instabilen Regionen der Erde; schnell wachsende Schwellenländer verschärften

Konkurrenz und Preise; Rohstoffproduzenten verhielten sich verstärkt protektionistisch und verringerten das Angebot auf den globalen Märkten. Die EU sei dabei, ein gemeinsames Konzept zur Rohstoffsicherung zu entwickeln. Die Kernziele seien: Verbesserung des Zugangs zu Rohstoffen; effizienterer Umgang mit Rohstoffen; Schutz gegen protektionistische Praktiken; mehr Transparenz über die Herkunft von Rohstoffen in den Produktionsländern; schließlich verbesserte Information mit dem Ziel sorgsameren Umgangs mit Rohstoffen. Der Vortragende kündigte eine Gesamtstrategie der EU an, die zurzeit in Brüssel ausgearbeitet werde.

Über die Grundzüge der Rohstoffstrategie der Bundesregierung berichtete Prof. Dr. Hans-Joachim Kümpel, Präsident der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe, Hannover. Ausgehend von einer Betrachtung der derzeit weltweit verfügbaren Vorräte und der vermuteten Ressourcen stellte er die geschätzte zeitliche Reichweite wichtiger Rohstoffe vor, die sehr unterschiedlich sei. So werde zum Beispiel der verfügbare Bestand des Rohstoffs Öl voraussichtlich im Jahr 2020 zur Hälfte gewonnen und somit verbraucht sein. Auch die Entwicklung des Metall-Index (ausgewählte Beispiele siehe Übersicht »Statische Reichweite«) zeige einen »rasanten« Anstieg des Verbrauchs, was unter anderem auf den »Chi-

na-Faktor«, den Rohstoffhunger dieser sich rasch entwickelnden größten Nation und Volkswirtschaft der Erde zurückzuführen sei. Diese Entwicklung habe einen entsprechenden Preisauftrieb zur Folge, der durch mehrere Faktoren getrieben werde: die höhere Nachfrage aus Schwellen- und Industrieländern; derzeit zu niedrige Explorations- und Kapitalausgaben im Bergbaubereich; Kapazitätsengpässe bei Gewinnung, Transport und Verarbeitung der Rohstoffe; den schwachen Dollar; möglicherweise zudem durch Spekulationsgeschäfte.

Wegen der hohen Abhängigkeit Deutschlands von Rohstoffen verlange das Aufgabenfeld große Beachtung. Diesem Ziel diene die Rohstoffstrategie der Bundesregierung, die sich unter anderem auf folgende Gebiete konzentriere:

- Handelshemmnissen und Wettbewerbsverzerrungen entgegenzuwirken;
- rohstoffpolitische Ansätze in der Entwicklungspolitik zu stärken;
- die Transparenz im Rohstoffbereich zu erhöhen;
- internationale Rohstoffdaten zusammenzuführen und besser nutzbar zu machen;

- die Materialeffizienz zu erhöhen und Substitutionsmöglichkeiten zu erschließen;
- den Einsatz nachwachsender Rohstoffe zu fördern;
- den Recyclinganteil zu erhöhen;
- heimische Rohstoffpotenziale besser zu nutzen;
- eine nachhaltige Rohstoffwirtschaft zu stärken;
- die Rohstoff-Forschung zu fördern und zu vernetzen.

Bezogen auf diese Zielsetzungen sei Deutschland beispielsweise auf dem Gebiet des Recycling »schon gut«. Zukunftsweisende Perspektiven könnten sich zum Beispiel auch aus der Entwicklung des Meeresbergbaus in der Tiefsee (Pazifik) ergeben.

Die Sicherung von Rohstoffen sei eine entscheidende Voraussetzung für die volkswirtschaftliche Entwicklung Europas. Das gelte wegen seiner starken Exportorientierung für Deutschland ganz besonders. Die Kooperation mit Rohstoff fördernden Ländern – dabei besonders in Afrika – müsse vorangetrieben werden. Gerade das Feld Afrika dürfe nicht Dritten (China, Indien, Russland) überlassen werden. Dr. Martin, Leiter der strategischen Rohstoffabsicherung der H. C. Starck GmbH Goslar, der zuvor aus Sicht dieses weltweit operierenden Unternehmens ausführlich über die Konfliktpotenziale beim Abbau von und dem Handel mit strategischen Rohstoffen berichtet hatte, stellte gleichsam als Schlussfolgerung zum Thema fest: »Wir müssen Allianzen schmieden im handfesten Wettbewerb, dem wir in der Welt ausgesetzt sind. Deutschland hat die Möglichkeiten, das Know-how und die Finanzen, diese Allianzen zu schmieden.« Das Panel war sich darin einig, dass die Politik – auf nationaler und europäischer Ebene – gefordert sei, die politischen und strategischen Rahmenbedingungen für die langfristige Rohstoffabsicherung zu schaffen.

Aktuelles aus Führungsakademie und dem Internationalen Clausewitz-Zentrum

Die Führungsakademie der Bundeswehr ist »auf Kurs«, stellte ihr Kommandeur, Generalmajor Robert Bergmann, im schon traditionellen Bericht zur Entwicklung der höchsten Bildungseinrichtung der Bundeswehr fest. Die Personallage sei sowohl im Bereich der militärischen als auch der zivilen Dienstposten ausgezeichnet: »Wir sind quantitativ wie qualitativ hoch zufrieden.« Im Interesse optimaler Durchführung des Lehrbetriebs werde es dennoch darauf ankommen, auch in Zukunft die Besetzung der Stellen mit hochklassigem Personal zu gewährleisten. Weitere Themen des Vortrags waren die Entwicklung der wichtigs-

ten Infrastrukturmaßnahmen sowie die Einführung des »Ergebnisorientierten betriebswirtschaftlichen Steuerungssystems«, mit dessen Hilfe die Akademie die Kosten- und Leistungstransparenz verbessern und die Lenkung der Betriebsausgaben optimieren will. Ausführlicher ging General Bergmann auf die Entwicklung der Lehre ein. So arbeite man derzeit an der Evaluation bewährter Lehrgänge und Lehrmodule mit dem Ziel, sie weiter zu verbessern, und zwar so, dass ihre Kontinuität auch in den Zeiten der Transformation erhalten bleibe. Der nationale Generalstabs-/Admiralstabslehrgang 2006 (LGAN) habe unter dem Oberthema »Komplexe, multidimensionale Herausforderungen an die Sicherheitspolitik – Anforderungen an ganzheitliche, wirkungsorientierte Lösungsansätze/Strategien« gestanden. Dies sei ganz im Sinne des neuen »Interagency approach«, der multinationalen Verzahnung von politischen, militärischen, wirtschaftlichen und anderen Maßnahmen in internationalen Einsätzen. Er sei »von dem profunden Verhalten, der Bereitschaft, dem Können und Willen« der Lehrgangsteilnehmer bei der Behandlung der Thematik beeindruckt gewesen. Andere Hauptlehrgänge der Führungsakademie – u.a. der internationale Generalstabs-/Admiralstabslehrgang (LGA) und die Stabsoffizierlehrgänge – würden in der bewährten derzeitigen Form durchgeführt. Zu Untersuchungen über die mögliche Einrichtung von Master- und Bachelor-Studiengängen in Verbindung mit dem LGAN äußerte General Bergmann sich vorsichtig: Man dürfe den »Generalstabslehrgang nicht verbiegen«. Auch bestehe kein Handlungsdruck; man wolle die Möglichkeiten in Ruhe untersuchen.

Mit Gedanken zur unveränderten Gültigkeit Carl von Clausewitz' auch in Zeiten der Globalisierung leitete Professor Dr. Lennart Souchon seinen Bericht über das Internationale Clausewitz-Zentrum (ICZ) ein. Die Globalisierung verändere zwar die subjektive Natur des Krieges und wirke sich auf die Zwecke, Ziele und eingesetzten Mittel im Krieg aus. Sie ändere aber nicht Clausewitz' Grundprinzipien des Krieges mit der Anwendung von Gewalt, um dem Gegner zur Erfüllung des eigenen Willens zu zwingen. Interessanterweise habe die Globalisierung Clausewitz' Tendenzen der Wahrscheinlichkeiten und des Zufalls nicht reduziert, sondern eher verstärkt. Schließlich sei auch Clausewitz' Grundvorstellung von der »Wunderlichen Dreifaltigkeit« aktueller und wichtiger denn je. Und weiter: »Durch die Globalisierung rücken die Tendenzen des Einsatzes militärischer Macht: des politischen Zwecks, der Natur des Krieges und die involvierten Wahrscheinlichkeiten enger zusammen und haben – nach kürzerer Zeit – direkte politische und militärische Auswirkungen auf das Ge-

schehen.« Angesichts der globalisierten Konfliktlage müssten der Einsatz staatlicher Machtinstrumente sorgfältig geplant und langfristige Strategien entwickelt werden. Dazu erscheine es vorteilhaft, sich einer gesicherten wissenschaftlichen Methode der Herangehensweise zu bedienen, wie sie bei Carl von Clausewitz nachzulesen sei. Im zweiten Teil seines Vortrags stellte Professor Souchon wichtige Vorhaben des ICZ mit zum Teil hochrangigen nationalen und internationalen Beteiligungen vor. Besonders zu nennen sind der »Clausewitz-Workshop 2008 als Kooperationsforum zwischen Politikwissenschaft und Streitkräften« sowie die Planung für ein Clausewitz-Seminar an der Universität Potsdam.

Mit dem Dank an alle Teilnehmer, insbesondere aber an die Führungsakademie der Bundeswehr als Gastgeber, schloss der Präsident der Clausewitz-Gesellschaft, Generalleutnant a.D. Dr. Klaus Olshausen, die 42. Sicherheitspolitische Informationstagung 2008.

In der anschließenden Jahresversammlung der Clausewitz-Gesellschaft stimmten die Mitglieder der Berufung von Professor Dr. Reinhard Pommerin zum Sprecher des Beirats der Clausewitz-Gesellschaft zu. Sie ernannte General a.D. Wolfgang Altenburg auf Grund seiner großen Verdienste um die Gesellschaft zum Ehrenpräsidenten. In der Vorstandswahl wurde der bisherige Vorstand bestätigt. ■

Oberst a. D. Werner Baach ist freier Journalist und Medienberater. Im Vorstand der Clausewitz-Gesellschaft ist er für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit verantwortlich.

Informationen zur Zeitschrift

Europäische Sicherheit

finden Sie auch im Internet unter:

www.europaesiche-sicherheit.de



Monatlich bis zu 100 Seiten informative Berichte zu den wichtigen und aktuellen sicherheitspolitischen Themen.

Heftpreis: Einzelbezug 5,95 Euro
Abonnement: 63,50 Euro/Jahr

Bitte bestellen Sie über das Internet oder direkt im Verlag.

Koehler/Mittler
www.koehler-mittler.de

Georgsplatz 1 Tel.: 040/707080-323
20099 Hamburg Fax: 040/707080-324
E-Mail: vertrieb@koehler-mittler.de